

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 16.04.2004
Dezernat V	Amt V/02	

I N F O R M A T I O N

I0141/04

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	27.04.2004	nicht öffentlich
Ausschuss für Kinder, Jugend, Familie u. Gleichst.	18.05.2004	öffentlich
Gesundheits- und Sozialausschuss	19.05.2004	öffentlich
Jugendhilfeausschuss	27.05.2004	öffentlich
Stadtrat	10.06.2004	öffentlich

Thema: Bilanz des Dezernates Soziales, Jugend und Gesundheit - Jahr 2003

Im Rahmen der Bilanzierung ausgewählter Schwerpunkte der geleisteten Arbeit des Dezernates für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2003 können wesentliche Prozesse und Veränderungen herausgehoben angeführt werden.

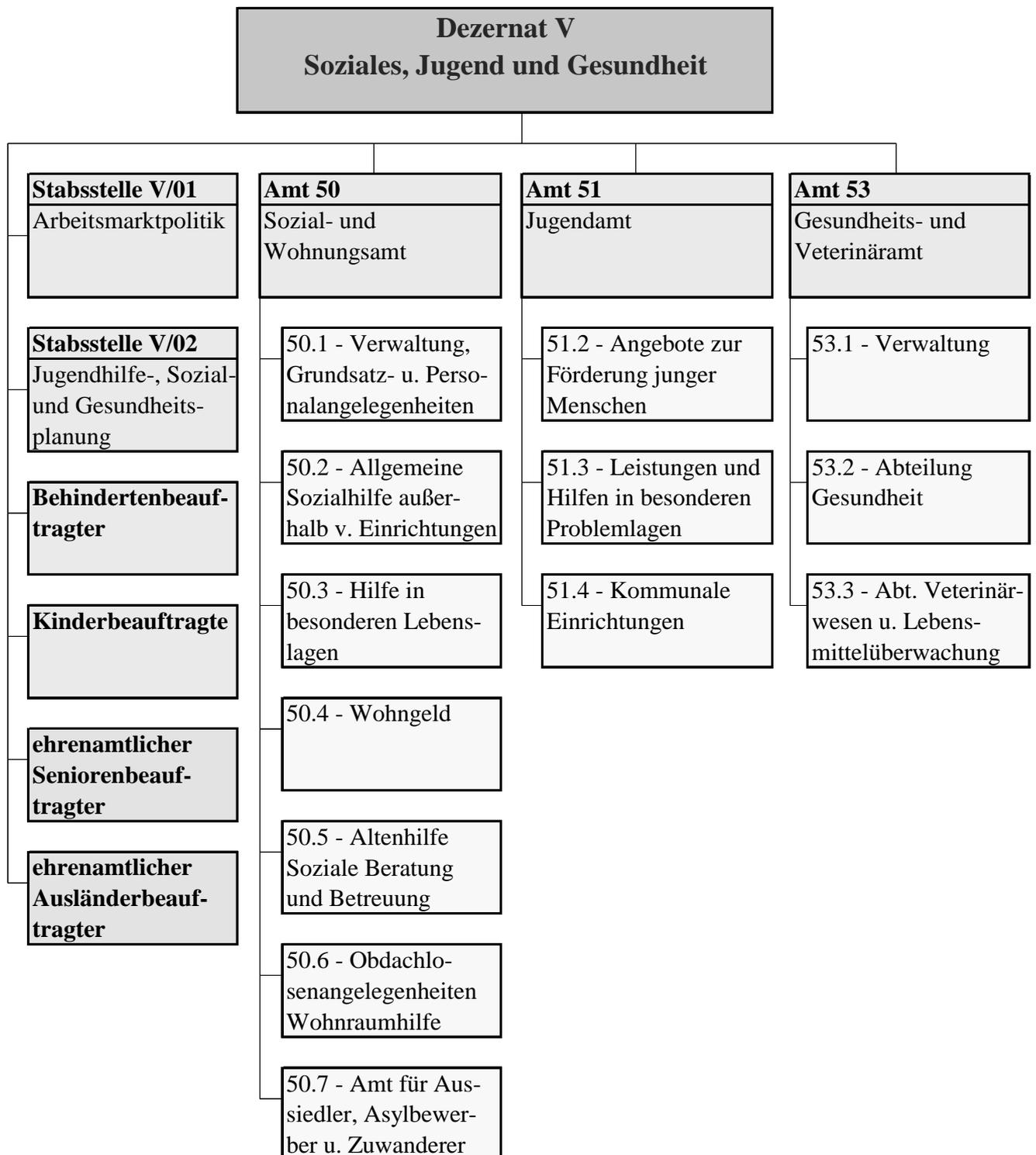
Hierzu zählen insbesondere:

- die Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen;
- das Gesunde Städte-Netzwerk;
- die Einführung des „Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt“ (KiFöG - LSA);
- die Erarbeitung eines Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen;
- die Umsetzung und Erfüllung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen;
- die Übertragung des kommunalen Jugendhilfeverbundes in freie Trägerschaft;
- den Ausbau der Kooperation mit der Otto- von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal;
- die Einweihung des Bürgerhauses in Alt – Olvenstedt;
- die Vorbereitung der Übertragung kommunaler Einrichtungen in freie Trägerschaft;
- die Vorbereitungen zur Umsetzung der Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) und
- die Optimierung der Verwaltungsstrukturen in den städtischen Verwaltungseinheiten sowie die Umstrukturierung der Verwaltung des Jugendamtes.

Im Berichtsjahr 2003 wurden für 92 Träger, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen insgesamt rund 30 Mill. EUR und weitere rund 4 Mill. EUR für arbeitsförderliche Maßnahmen für freie Träger aus dem Haushalt des Dezernates Soziales, Jugend und Gesundheit bereitgestellt.

Der Umzug eines Großteiles des Dezernates Soziales, Jugend und Gesundheit (außer Gesundheits- und Veterinäramt) an den neuen Standort Wilhelm - Höpfner - Ring 4 forderte

zum Jahresende noch einmal alle Beteiligten, bietet nunmehr eine verbesserte Basis für ämterübergreifendes Handeln und den Beschäftigten verbesserte Arbeitsbedingungen. Mit Stand Dezember 2003 gliedert sich das Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit folgend:



* neue Struktur bereits beschlossen

Mit Ausblick auf das Jahr 2004 sind für das Dezernat V folgende wesentliche Schwerpunkte zu benennen:

- der Verwaltungsreformprozesse des Sozial- und Wohnungsamtes und des Gesundheitsamtes,
- die Umsetzung von Hartz IV,
- die Übertragung kommunaler Einrichtungen in freie Trägerschaft,
- die Neuorientierung kommunaler Arbeitsmarktpolitik,
- das alten –und behindertengerechte Wohnungsprofil (Wegweiser).

Die Schwerpunkte in der Arbeit der Ämter, Stabsstellen und Beauftragten im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit im Rückblick

Mit dem Beschluss des Hartz-Konzeptes stehen umfangreiche gesetzliche Veränderungen bevor, die zum 01.01.2005 in Kraft treten sollen. Hiermit sind gravierende Veränderungen für die Arbeit des **Sozial- und Wohnungsamtes** verbunden. Das Amt bereitet diesen Prozess bereits im Berichtsjahr vor, indem die Ausbildung von Fallmanagern erfolgte, Lebenslagenorientierung und individuelle Hilfeplanung Perspektiven im Rahmen der Hilfestellung bieten, Abstimmungen mit den betroffenen Bereichen der Stadtverwaltung und dem Arbeitsamt geführt und der Informations- und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen gepflegt wurde.

Vom 01.10.2001 bis zum 31.08.2003 wurde in der Landeshauptstadt Magdeburg ein Modellprojekt zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsamt Magdeburg und dem Träger der Sozialhilfe (MoZArT) durchgeführt. Das Modell wurde am 31.08.2003 erfolgreich abgeschlossen. Nach Ende der Modelllaufzeit wurde das Projekt als gemeinsame Anlaufstelle fortgeführt, in der 5 Mitarbeiter/-innen der Arbeitsverwaltung und 4 Mitarbeiter/-innen des Sozial- und Wohnungsamtes unter einem Dach zusammenarbeiten.

Zielsetzungen des Projektes sind die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren, die Verbesserung der Vermittlung der Jugendlichen in Ausbildung oder in Arbeit, die Verbesserung der Wirksamkeit von Hilfen zur Eingliederung in Erwerbstätigkeit, die Einsparung von Kosten sowie die Prüfung von Experimentierklauseln für die verbesserte Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Sozialamt, ausgerichtet auf die Zusammenführung der beiden Leistungssysteme.

Um Pflegebedürftige und deren Angehörige besser in die Lage zu versetzen, die für den Einzelfall individuell erforderlichen Pflegeleistungen und ergänzenden Hilfen in Anspruch nehmen zu können, wurde im Juli 2003 im Sozial- und Wohnungsamt das Zentrale Informationsbüro Pflege eröffnet.

Durch umfassende und trägerunabhängige Information und Beratung kann so in vielen Fällen eine eigenständige Lebensführung der Betroffenen beibehalten werden und ein vorzeitiger Umzug in ein Pflegeheim vermieden werden.

Ein erster Baustein im System des „Zentralen Informationsbüros Pflege“ war die Erstellung einer Pflege-Datenbank, die an 18 Beratungsstellen in der Stadt übergeben worden ist. Danach folgte aufbauend die Internetpräsentation des Pflegewegweisers auf den Seiten der Landeshauptstadt Magdeburg.

Seit dem 1. Januar 2003 ist das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) wirksam. In struktureller Angliederung an das Sozial- und Wohnungsamt wurde die Grundsicherungsbehörde geschaffen, die für die Gewährung dieser Leistung zuständig ist.

Im Oktober 2003 wurde auf Antrag beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt in kommunaler Trägerschaft eine Interventionsstelle für Opfer

häuslicher Gewalt installiert. In enger Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Beratungsstellen leistet die Interventionsstelle nach polizeilichen Einsätzen den Opfern eine zeitnahe Krisenintervention, Beratung und Begleitung beim Antragsverfahren zur Ausschöpfung der zivilrechtlichen Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz. Je nach Bedarf werden auch flankierende Beratungs- und Hilfsangebote unterbreitet. Neu dabei ist der proaktive Ansatz in der Arbeit dieser Stelle, der eine Kontaktaufnahme mit dem Opfer häuslicher Gewalt von Seiten der Beratungsstelle direkt nach Bekannt werden vorsieht. Das Magdeburger Modell hat sich erfolgreich durchgesetzt. Eine Landesförderung ist jährlich bis zu 50 Tsd. EUR avisiert.

Im Bereich der Jugendhilfe wurden durch die Verwaltung des **Jugendamtes** im Jahr 2003 in Verbindung mit dem Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Magdeburg, dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und den Arbeitsgemeinschaften zur Beteiligung freier Träger sowie zur Abstimmung von Maßnahmen in der Jugendhilfe schwerpunktmäßig folgende Aufgaben bearbeitet:

- die Einführung des „Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt“ (KiFöG - LSA) und die damit einhergehende Änderung im Rahmen der Planung der Platzkapazitäten, die Prüfung der Betreuungsansprüche von rund 7.000 Nutzer/-innen und der entsprechenden Leistungsbescheidung sowie die notwendige Änderung der Arbeitsorganisation in der Betriebsführung der Einrichtungen,
- der Abschluss des Tarifvertrages für Erzieher/-innen,
- die Privatisierung der Reinigungsleistungen in kommunalen Kindertageseinrichtungen,
- die Vorbereitungen der Übertragung kommunaler Kindertageseinrichtungen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger der Jugendhilfe,
- das Qualitätsmanagement im Bereich der Kindertageseinrichtungen
- die Übertragung des kommunalen Jugendhilfeverbundes in freie Trägerschaft,
- die Fortführung der Schulsozialarbeit (Durch Nichtfortsetzung des Landesprogramms Schulsozialarbeit brachen sieben Stellen für Schulsozialarbeit weg. Für die noch bestehenden drei Stellen trat die Landeshauptstadt Magdeburg in die Förderung ein, um ein völliges Wegbrechen dieses Leistungsangebotes zu verhindern.)
- die Haushaltskonsolidierung im Bereich der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit 1 Mio. EUR Einsparung (Schließung von 3 kommunalen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen; Schließung von 1 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung eines freien Trägers; Personalreduktion bei 2 freien Trägern; Reduzierung von Ferienfreizeiten; Reduzierung von Veranstaltungen außerhalb von Einrichtungen, Einschränkungen bei den Angeboten in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen;
- das Controlling in den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Im Rahmen der Verwaltungsreform arbeitete das Jugendamt vorrangig an der Änderung der Finanzierungsgrundsätze der Tagesbetreuung von Kindern für die Träger der Jugendhilfe und an der Neustrukturierung der Verwaltung des Jugendamtes.

Eine ganze Reihe aktueller Ereignisse und neuer gesetzlicher Regelungen beeinflussten die tägliche Arbeit im **Gesundheits- und Veterinäramt**.

Die rapide Ausbreitung des Erregers des schweren Akuten Respiratorischen Syndroms (SARS) war im Jahr 2003 ein aktuelles Beispiel für die globale Bedrohung durch neu auftretende Infektionskrankheiten. In diesem Zusammenhang nahm die Beratungstätigkeit des Gesundheits- und Veterinäramtes zum Vorgehen bei Verdachtsfällen, zur Verhütung der Weiterverbreitung und zu krankenhaushygienischen Maßnahmen stark zu.

Ein weiterer Schwerpunkt war im Jahr 2003 die Vorplanung von Pockenimpfstätten aufgrund der Bevorratung der Bundesrepublik Deutschland mit Pockenimpfstoff. Neben dem Festlegen von Impfstätten wurden Überlegungen zum Vorgehen bei einem möglichen Pockengeschehen erforderlich.

Durch die Umsetzung der neuen Trinkwasserverordnung, die am 01.01.2003 in Kraft getreten ist, ergab sich für das Gesundheits- und Veterinäramt ein beträchtlicher Mehraufwand. Dieser resultierte daraus, dass neben der Erfassung und Auswertung der Hausinstallationen aus denen Wasser für die Öffentlichkeit abgegeben wird (z.B. Kindereinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, Asylanten- und Obdachlosenunterkünfte, Kinderheime, Gaststätten und sonstige Gemeinschaftseinrichtungen), auch eine regelmäßige Überwachung der Trinkwasserparameter erfolgen muss. Darüber hinaus sind eine Vielzahl anderer Wasseranlagen überwachungspflichtig (Wasserversorgungsanlagen von mobilen Imbiss- und Lebensmittelverkaufswagen, Hausinstallationen zur Regenwasser- und Brunnenwassernutzung u.a.).

Im Begutachtungswesen erhöhte sich die Zahl der Neuzugänge im Berichtsjahr um 155 auf 1286. Der Grund für diesen Anstieg beruht einerseits auf der Prüfung von gehäuft auftretenden Arbeitsunfähigkeiten der Teilnehmer des ABM- Projektes „Jump - plus“ und andererseits aus den Überprüfungen von Mehrbedarfsgewährungen für kostenaufwändige Ernährung gemäß § 23 BSHG in Folge neu eingeführter Bewertungskriterien durch das Sozial- und Wohnungsamt im September 2003.

Um mögliche Auswirkungen des Elbe-Hochwassers 2002 festzustellen, wurden im Rahmen der Lebensmittelüberwachung aus betroffenen Kleingärten Gemüseproben entnommen und untersucht. Die Untersuchungen ergaben keine Beanstandungen.

Das Städtische Tierheim in der Rothenseer Straße stieß auch 2003 zeitweilig an die Grenzen seiner Aufnahmekapazität und musste Tiere in Tierheime der Umgebung überführen und bei der Tierart Hund auch Plätze in privaten Tierpensionen anmieten.

Insgesamt ist die Zahl der im Jahr aufgenommenen Hunde 2003 gegenüber dem Vorjahr und insbesondere gegenüber 1998 gesunken. Die Aufenthaltszeiten der Tiere verlängern sich jedoch zunehmend. Teils begründet dadurch, dass ältere und häufig auch chronisch kranke Tiere Gäste des Tierheimes sind, deren Vermittlung besonderer Sorgfalt bedarf, teils bedingt, dass der Anteil von Tieren, die behördlich in Bußgeld- und Strafsachen bis zur Entscheidung Tierheimgäste bleiben, wächst.

2002 hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg einen Standort für ein neu zu errichtendes städtisches Tierheim auf dem Gelände der ehemaligen Spaltanlage Rothensee bestimmt. Im Jahre 2003 sind die dafür erforderlichen baurechtlichen Voraussetzungen bis zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes bearbeitet worden.

Bedingt durch den permanenten Niedrigwasserstand der Elbe im Jahr 2003 mussten erhebliche Mengen an Futtermitteln im Magdeburger Hafen umgeladen werden. Für Futtermittel ist seit 2002 das Sachgebiet Veterinärwesen des Gesundheits- und Veterinäramtes zuständig. Allein aus dieser Aufgabe wurden im Berichtsjahr 1201 Attestierungen von Futtermittelsendungen zusätzlich erforderlich.

Ein Aufgabenschwerpunkt der **Stabsstelle Arbeitsmarktpolitik** war u.a. die Begleitung arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten auf der Grundlage des durch den Stadtrat verabschiedeten „Arbeitsmarktpolitischen Programmes der Landeshauptstadt Magdeburg - 2003“. Aktualisiert in Anpassung an die veränderten gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen

wurden durch den Stadtrat die „Strategien kommunaler Arbeits- und Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Kraft gesetzt.

Im Jahre 2003 gelang es, das Programm „Zusätzliche Instandsetzungsmaßnahmen an Schulen mit Vergabe-Maßnahmen 2002 – 2004“ mit dem Instrument „Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung (BSI)“ trotz insgesamt geringerer Finanzmittel der Arbeitsverwaltung weiterzuführen.

2003 wurde unter Mitwirkung der Landeshauptstadt Magdeburg mit 7 wirtschaftsnahen Projektträgern die Entwicklungspartnerschaft „EP Aufstieg“ mit dem Ziel fortgeführt, Ungleichheiten und Diskriminierungen am Arbeitsmarkt durch Entwicklung der Region Magdeburg zu einem Wissens-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort abzubauen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL sollen hier im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt Magdeburg, den umliegenden Landkreisen und weiteren strategischen Partnern bis zum Jahr 2005 über 500 Arbeitslose wieder eine Chance zur Integration in das Berufsleben erhalten. Der transnationale Projektbaustein „FIT for Integration“ vergleicht die Ergebnisse mit definierten Partnern in Österreich und Frankreich. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist als strategischer Partner eingebunden.

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat bei der Europäischen Kommission zum Programm „Lokale Beschäftigungsstrategien und Innovation“ das Projekt „Lokales Arbeitsmarktmanagement - Ressourcenmobilisierung (LAM)“ beantragt. Dieses Projekt wurde seitens der EU ab dem 01.11.2003 mit einer Laufzeit bis zum 31.10.2005 gefördert. Das Projekt hat die Aufgabe, für ausgewählte Wirtschaftsschwerpunkte der Landeshauptstadt Magdeburg eine Strategie zur Verbesserung des Arbeitsmarkt-Managements zu entwickeln. Ziel ist es, die regionalen Arbeitsmarkt-Aktivitäten wie Projekte, Analysen, Forschungsaufgaben oder Förderprogramme unterschiedlichster Akteure zu erfassen, zu bewerten und für die regionale Wirtschaft – hier insbesondere den Maschinen- und Anlagenbau, industriennahe Dienstleister, die Kreislauf- und Recyclingwirtschaft oder die Einzelhandelswirtschaft zu bündeln.

Das Sonderprogramm der Bundesregierung „Jump Plus“ soll Jugendlichen unter 25 Jahren, die Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe beziehen sowie langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, den Einstieg in Beschäftigung und Qualifizierung ermöglichen. Bei der AQB und der GISE sind je 140 Jugendliche seit August 2003 in Beschäftigung.

Am 01.09.2003 ist das Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ (AfL) als weiterer Baustein der Agenda 2010 zur Förderung von Langzeitarbeitslosen, die Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe beziehen sowie Sozialhilfeempfängern, die länger als sechs Monate arbeitslos und älter als 25 Jahre sind, gestartet. Ziel ist eine Verbesserung der Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Im Dezember 2003 sind bei der AQB und der GISE insgesamt 178 Arbeitnehmer (Bezieher von Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe) im Rahmen dieses Programms beschäftigt, das am 31.08.2005 ausläuft.

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung der Landeshauptstadt Magdeburg wurde im 3. Quartal 2003 im Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit die **Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung** eingerichtet.

Diese neue Organisationseinheit wird im Rahmen der Steuerungsunterstützung der Verwaltungsspitze und der Politik folgende Aufgabenstellungen im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung im Bereich des Dezernates Jugend, Soziales und Gesundheit wahrnehmen:

- Aufbau einer interdisziplinären teilräumlichen Jugendhilfe-, Sozial- und

- Gesundheitsberichterstattung über soziale Entwicklungen und Prozesse der Magdeburger Bevölkerung
- Ermittlung von sozialpolitischen Handlungs- und Entwicklungsbedarfen
- Szenarien- und Bedarfsprognostik
- Planung und Koordination der Prozesssteuerung des sozialpolitischen Diskussionsprozesses in der Landeshauptstadt Magdeburg
- generationsübergreifende Planung der sozialen Infrastruktur und Ableitung von Projektansätzen zu den Programmschwerpunkten Soziale Stadt, Urban 21, Gesundes -Städte - Netzwerk sowie für die kommunale Entwicklungsplanung
- Entwicklung eines Verfahrens zur Einschätzung der Sozialverträglichkeit der sozialen Infrastruktur („Sozialverträglichkeitsprüfung der Landeshauptstadt Magdeburg“)
- Begleitung und Weiterentwicklung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit (Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements; Vision: Bürgerkommune und aktivierender Sozialstaat).

In 2003 sind dazu wesentliche Aufgabenschwerpunkte bearbeitet worden:

Soziale Infrastruktur

- Übertragung des Jugendhilfeverbundes der Landeshauptstadt Magdeburg in freie Trägerschaft
- Langfristige Standortplanung von Kindertageseinrichtungen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in Stadtfeld Ost/West und Diesdorf
- Auswahlverfahren für eine zukünftige freie Trägerschaft kommunaler Kindertageseinrichtungen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
- Fortschreibung der Pflegestrukturplanung der Landeshauptstadt Magdeburg.
- Vorbereitungen zur Entwicklung eines vernetzten Präventionskonzeptes der Sozialen Dienste der Jugendhilfe.

Gesundheitsberichterstattung

In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt wurde der Gesundheitsbericht 2000/2001 erstellt, der sich mit dem Hauptschwerpunkt Gesundheit von Frauen auseinandersetzt.

Das Forschungsprojekt „Gesundheit als integrierendes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen (Gesundheits)-Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“ ist ein Teilprojekt des Forschungsschwerpunktes „Problemorientierte regionale Berichterstattungssysteme“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Im Rahmen der Projektumsetzung ist die Landeshauptstadt Magdeburg unter Federführung des Institutes für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf eine von zehn Mitgliedsstädten, die aus den neuen Bundesländern am Forschungsprojekt beteiligt werden.

Neue Strategien sozialer Arbeit

Das Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - gefördert aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) - unterstützt bis zum Jahr 2006 Kleinstvorhaben in den Fördergebieten aus der Bund-Länder-Vereinbarung "Die Soziale Stadt" bzw. seiner komplementären Programmplattform "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)".

Im Rahmen eines Konzeptwettbewerbs wurde die Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung als Koordinierungsstelle für den Stadtteil Neustädter Feld ausgewählt, um in 7 Mikroprojekten soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort zu aktivieren, die durch zentrale Programme - wie die Regelförderung des Europäischen Sozialfonds - nicht erreicht werden.

Koordination Psychiatrie

Zur Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker und seelisch behinderter Menschen im Sinne der gemeindenahen Psychiatrie trafen sich die Mitglieder der fünf Fachausschüsse der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg im Jahr 2003 zu 28 Arbeitsberatungen.

Als Schwerpunkte der Tätigkeit der PSAG in 2003 sind zu benennen:

- der „Tag der seelischen Behinderung“, der im Rahmen des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung erstmals in der Stadt Magdeburg stattgefunden hat und
- die Entwicklung eines einheitlichen Instrumentariums zur individuellen Hilfeplanung für Menschen mit psychischer Erkrankung.

Koordination Gemeinwesenarbeit

Im Jahr 2003 waren in der Landeshauptstadt Magdeburg 18 Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit aktiv. In ihnen kamen durchschnittlich alle 8 – 10 Wochen ca. 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Einrichtungen, Institutionen, Vereinen, Bürgerinitiativen und interessierte Bürger zusammen. Es wurde zu vielen Themen diskutiert, gemeinsam nach Lösungen gesucht und Projekte und Veranstaltungen in den Stadtteilen initiiert.

Dabei ging es im vergangenen Jahr vor allem um die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Arbeitsgruppen in der Öffentlichkeit. So wurde bspw. im Neustädter Feld eine Stadtteil – Homepage eingerichtet oder in Sudenburg die Aktion „wo drückt der Schuh?“ ins Leben gerufen. Auf Stadtteilfesten, Tagen der offenen Tür in den Einrichtungen der Stadtteile und anderen Aktionen waren die Arbeitsgruppen stets mit Informationsständen zu ihrer Arbeit vor Ort.

Höhepunkt der Öffentlichkeitsaktionen war im April 2003 die Teilnahme der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit an der Messe „Leben 2003“ unter dem Motto „5 Jahre Gemeinwesenarbeit - Mach mit – Projekte im Stadtteil“. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen, die den Stand betreuten, kamen hier mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. 272 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an einer Tombola. 53 von ihnen machten Vorschläge für die Stadtteilarbeit, die an die Arbeitsgruppen übermittelt wurden. 44 Bürgerinnen und Bürger bekundeten ihr Interesse für eine Mitarbeit in den Arbeitsgruppen.

Zur Unterstützung der 77 Stadtteilprojekte im gesamten Stadtgebiet standen den Stadtteilakteuren 33.000 EUR aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit zur Verfügung. Über 36.000 Magdeburger Bürgerinnen und Bürger wurden mit diesen Projekten erreicht.

Gemäß der Satzung des Jugendamtes ist die **Kinderbeauftragte** als beratendes Mitglied mit Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss der Stadt tätig, vertritt hier die Interessen der Kinder und Jugendlichen und setzt sich für die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse bei anstehenden Entscheidungen ein.

Um das Interesse von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Themen zu wecken bzw. zu unterstützen und ihre Beteiligung bei Entscheidungen, die ihren Lebensalltag betreffen, zu stärken, wurde durch die Kinderbeauftragte das Projekt „MACHT MIT“ konzipiert. Im Rahmen dieses Konzepts fand Ende des Jahres 2003 die II. Sitzung „Jugend im Stadtrat“ statt. Hier diskutierten junge Menschen aktuelle Themen und Anträge gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten und Vertretern aller Fraktionen des Stadtrates.

Mit einem Antrag forderten die Jugendlichen die Einrichtung eines Jugendforums als kontinuierliches Beteiligungsprojekt.

Im Ergebnis konnten in 2003 durch Eigenleistung der Jugendlichen und mit Unterstützung durch das Magdeburger Jugendamt und das Land Sachsen-Anhalt Büro- und Beratungsräume für das Magdeburger Jugendforum eingerichtet werden.

In der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe „Spielraum Stadt“, die die Kinderbeauftragte leitet und der Mitarbeiter/-innen aus 13 Ämtern und des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg angehören, wurde die Umsetzung der Kinderfreundlichkeitsprüfung kontrolliert und Stellungnahmen zu Planungsvorhaben, die Kinderinteressen berühren, erarbeitet. Im Jahr 2003 wurde u.a. eine Verlagsgesellschaft bei der Herausgabe eines Kinder- und Freizeitmagazins unterstützt.

Ein weiteres Projekt, welches durch die Kinderbeauftragte unterstützt wurde, war die Werkstatt zur Planung eines neuen Kinder- und Jugendtreffs „Alte Zimmerei“ im Stadtgebiet Alte Neustadt, das vom Jugendamt initiiert und unter Beteiligung weiterer Partner realisiert wurde. Im Rahmen dieses Projekts konnten die Kinder und Jugendlichen als zukünftige Nutzer/-innen der Einrichtung ihre Ideen zu Papier bringen und einem Architekturbüro vorstellen, das die kreativen Hinweise der jungen Leute aufgriff und in einem Vorentwurf berücksichtigte.

Das Jahr 2003 wurde auf Beschluss des EU-Ministerrates als „**Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen**“ begangen. Unter dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“ ging es um drei zentrale Forderungen:

- *Teilhabe verwirklichen,*
- *Gleichstellung durchsetzen*
- *Selbstbestimmung ermöglichen.*

In der Landeshauptstadt wurde zum Jahresanfang die bundesweit zentrale Eröffnungsveranstaltung mit fast 1.000 Teilnehmer/-innen durchgeführt, die durch das Dezernat V mit vielen Beteiligten stark unterstützt wurde. Im Verlaufe des Jahres führten Verbände und Vereine der Betroffenen, politische Gremien und auch die Landeshauptstadt Magdeburg eine Vielzahl themenbezogener Veranstaltungen durch und leisteten eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit im Interesse einer besseren Wahrnehmung der Anliegen und Bedürfnisse behinderter Menschen.

Höhepunkt in der Landeshauptstadt Magdeburg war der Beitritt der Landeshauptstadt zur Erklärung von Barcelona - „Die Stadt und die Behinderten“.

Der Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für 2003 liegt als Information I 118/ 04 vor.

Der Senioren- und der Ausländerbeauftragte in der Landeshauptstadt Magdeburg sind ehrenamtlich tätig und stellen ihre Arbeit in gesonderten Berichten vor.

Am 2. Oktober 2003 wurde Magdeburg als 59. Mitglied in das bundesweite **Gesunde-Städte-Netzwerk** aufgenommen.

Die Koordination des Projektes obliegt dem Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit. In enger Zusammenarbeit mit der Hochschule Magdeburg - Stendal wurden im Berichtsjahr drei Planungswerkstätten durchgeführt, an denen sich neben Mitarbeiter/-innen und Studierenden der Hochschule Magdeburg - Stendal, Einrichtungen und Vertreter/-innen verschiedener Ämter der Stadtverwaltung eine breite Fachöffentlichkeit von Vertreter/-innen freier Träger, Krankenkassen, der Universität „Otto von Guericke“ sowie der Gesundheitswirtschaft

beteiligten. Aktiv sind vier Arbeitsgruppen, die unter dem Motto „Bewegte Stadt Magdeburg“ tätig sind.

Bearb.: Dr. Gottschalk Tel.: 540 3104

Bröcker

Anlage

Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit - Ausgewählte Leistungen 2001 -2003

Anlage*Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit**Ausgewählte Leistungen 2001 - 2003*

Ausgewählte Leistungen	2001	2002	2003
Sozialhilfe			
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12. d. J.	12.389	12.651	13.249
Empfänger von Sozialhilfe in Einrichtungen am 31.12. d. J.	960	989	1.051
Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen am 31.12. d. J.	4.532	3.807	4.213
Gezahlte Sozialhilfe aus dem Haushalt der LH Magdeburg in Tsd. Euro	35.384,7	36.739,9	38.911,8
Wohngeld			
Wohngeldempfänger-Haushalte im Jahresdurchschnitt	8.288	9.640	10.436
Gezahlte Wohngeldleistungen in Tsd. Euro	11.015,9	12.025,9	11.770,9
Sozialer Dienst (ab 18 Jahre)			
Betreute Klienten	2.373	2.688	2.335
Individualberatungen	8.487	8.707	7.292
Durchgeführte Hausbesuche	7.094	7.157	5.394
Mietschuldnerberatung			
Neuzugänge an Beratungsfällen	1.153	1.083	1.185
Mietschuldenübernahmen nach § 15 a BSHG in Tsd. Euro	150,9	147,7	192,7
Spätaussiedler			
Aufgenommene Personen in den kommunalen Übergangsunterkünften	78	291	219
Ausländische Flüchtlinge			
Aufgenommene Personen in den kommunalen Übergangsunterkünften	906	1.143	1.330
Obdachlosenhilfe			
Anzahl der Übernachtungen in städtischen Obdachloseneinrichtungen	22.266	19.930	24.393

Ausgewählte Leistungen	2001	2002	2003
Tagesbetreuung von Kindern (Stand Dezember d. J.)			
bis 3 Jahre	2227	2434	2449
3J. bis Schuleintritt	4345	4431	4642
Hortkinder	3020	3262	3276
gesamt	9592	10127	10367
Ambulante und teilstationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche			
Soziale Gruppenarbeit	15	3	5
Erziehungsbeistandschaften	28	24	20
Sozialpädagogische Familienhilfe	50	51	49
Tagesgruppe	61	53	41
Stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche			
Mutter-Kind-Wohnen	4	8	6
Vollzeitpflege	192	193	196
Heimerziehung	233	227	219
Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte	9	9	6
Hilfen für junge Volljährige	38	38	29
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	2	1	3
weitere Hilfen für Kinder und Jugendliche			
Unterhaltsvorschuss	2110	1975	1945
Kontakte mit straffällig gewordenen Jugendlichen	2535	1301	1295
Pflegekinderdienst	142	128	168
Unterbringung von Kindern in Notsituationen	275	280	229
Inobhutnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge	35	35	49
Amtsärztlicher Dienst			
Amtsärztliche Gutachten	149	182	176
Gesundheitszeugnisse	182	172	384
Reisemedizinische Impf- und Beratungsstelle			
Reise- und Impfberatungen	3787	3598	1442
Impfungen gesamt	4309	3626	1740
davon Gelbfieber	429	379	294
Internationale Impfausweise ausgestellt	445	301	164
Zweitimpfausweise ausgestellt	27	18	17
Gesundheits- und Infektionsschutz			
Erfasste meldepflichtige übertragb. Krankh. n. IfSG	1873	2127	1380
Ermittlungen gem.§25(1) IfSG (Infektionsschutzges.)	2388	2644	2277
Hygienekontrollen	263	422	390
Kommunalhygiene			
Hygienekontrollen, Besichtigungen, Abnahmen	1526	1472	1172
Bürgerberatungen zu kommunalhyg. Problemen	864	891	882
Probenentnahmen Trink- und Badewasser	1684	1666	1292
Jugend- und Schulärzte			
Untersuchungen von Schülern und Vorschülern	10381	9211	7415
Überweisungen (Empfehlungen) an andere Fachbereiche auf Grund von erhobenen Befunden und Impfplücken	6308	6499	4142
Impfungen (Immunisierungen)	2189	1998	1722
Zahnärztlicher Dienst			
Teilnehmer Reihenuntersuchungen	8774	7928	11126
Überweisungen zur Behandlung	2146	2039	3704
Überweisungen zum Kieferorthopäden	1074	1331	2421
Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst			
Klientenberatungen, Konsultationen (incl. telefon.)	1591	1342	1421
Falldiskussionen (Anzahl der Fälle)	204	387	417
Gutachten (ärztliche und psychologische)	184	165	133

Ausgewählte Leistungen	2001	2002	2003
Beratungstelle für Schwangere/ Mutter und Kind			
Beratungen	2501	2461	2566
Bescheinigungen §219 StGB	220	207	258
Anzahl Kurse/Teilnehmer	234/3979	211/3859	180/3413
Begutachtungswesen d. Sozialmedizinischen Dienstes			
Neuzugänge	974	1131	1286
Gutachten, ärztl. u. psychologische Untersuchung	815	1024	1316
Sozialmedizinischer Dienst			
Beratungen gesamt (incl. telefonisch)	12041	12259	11166
Sozialpsychiatrischer Dienst			
Unterbringungen nach PsychKG gesamt	364	331	288
Gutachten	443	393	466
Beratungen gesamt (incl. telefonisch)	2979	3574	3295
Lebensmittelüberwachung			
Zahl der kontrollierten Betriebe	2735	2409	2734
Zahl der Betriebe mit Verstößen	1038	1065	1496
Pilzberatung durch ehrenamtliche Pilzsachverständige	375	32	119
dabei aussortierte Giftpilze	855	117	604
Veterinärwesen			
Tollwutabklärungen	43	32	41
Überwachung von Tierhaltungen (Kontrollen)	313	321	399
Tieraufnahmen im Tierheim	1615	1641	1504